IX. Sitzung.

Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der auton. Stadt Steyr

am 3. Mai 1919 um 3 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Freitag den 2. Mai um 10 Uhr vorm.)

1. (Vertraulich.) Personalansuchen.
2. Beschlußfassung wegen Uebernahme der Treuhandstelle.
3. Bestellung der Vorsitzenden für die Wahlkommission.
4. Wahl von 4 Vertretern ins Kuratorium der Handelsschule.
5. Umbenennung von Straßen.

II. Sektion. (Sektionssitzung am Freitag den 2. Mai um 2 Uhr nachm.)

6. Beschlußfassung wegen Erhöhung der Platz- und Hüttengebühren am Jahrmarkt.
7. Antrag des G.-R. Fendt auf finanzielle Beteiligung am Ausbau der elektr. Bahn St. Florian—Steyr.

III. Sektion. (Sektionssitzung am Freitag den 2. Mai um 4 Uhr nachm.)

8. Anbot zum Ankauf einer Schottergewinnungsanlage und von Baumaterialien.
9. Nachträgliche Genehmigung der Vergebung des Stadttheaters zur Veranstaltung von Wohltätigkeitsvorstellungen.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Freitag den 2. Mai um 3 Uhr nachm.)

10. Beschlußfassung über die Aktion „Frühstück für Schulkinder".
11. Antrag des G.-R. Fritz Krottenau auf Bestellung eines Schularztes.
12. Bericht der Spitalskommission wegen Erhöhung der Bezüge des Dienstpersonales im Krankenhause.
13. Antrag der Gemeinderäte Chalupka und Kisely auf Einführung der Einheitskost im hierortigen Krankenhause.
14. Ansuchen um Unterstützungen aus der Gremialkrankenkassastiftung.

Anwesende:

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Wokral;

Vorsitzende-Stellvertreter: Vize-Bürgermeister Johann Mayrhofer und Franz Tribrunner.

Die Gemeinderäte:

Heinrich Bachmayr	Franz Kratochwill
Johann Baumgartner	Fritz Krottenau
Prof. W. Brand	Berta Kisely
Anton Chalupka	Alois Lebeda
Karl Dedic	Karl Mayr
Josef Eisterlehner	Franz Nothhaft
Paul Fendt	Michael Neuhold
Karl Fischer	Dr. Peyrer-Angermann
Anton Frühwald	Cilly Reinhardt
Dr. Ulrich Furrer	Ludwig Reisinger
Prof. Gregor Goldbacher	Markus Ruckerbauer
Luise Hochstöger	Klara Saltric
Franz Kattner	Leopold Steinbrecher
Karl Klement	Hans Witzany
Hermann Kletzmayr	Adalbert Vogl

Vom Stadtamte: Stadtamtsrat Dr. Franz Habl.

Als Schriftführer: Städt. Protokollführer Karl Ridler.

Bürgermeister Wokral begrüßt die erschienenen Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt um 3 Uhr 14 Min. die Sitzung für eröffnet.

Zu Beglaubigern dieses Protokolles werden die Gemeinderäte Josef Eisterlehner und Paul Fendt gewählt.

Vor Eingehung in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß in der Zusammensetzung der Tagesordnung darin ein Fehler unterlaufen sei, daß der Punkt 12 „Bericht der Spitalskommission wegen Erhöhung der Bezüge des Dienstpersonales im Krankenhause" eigentlich in die III. Sektion gehört hätte und daher im Zuge der heutigen Verhandlungen auch den Beratungspunkten der III. Sektion als Punkt 10 angereiht wird.

Wird zur Kenntnis genommen.

Hierauf bringt der Vorsitzende nachstehenden Dringlichkeitsantrag der I. Sektion zur Verlesung.

Dringlichkeitsantrag
der I. Sektion für die Gemeinderatssitzung am 3. Mai 1919.

Gegenstand: Verbesserung des Zugverkehres ins Ennstal.

Begründung: Seit vielen Monaten ist der Zugverkehr ins und vom Ennstale in der Strecke Steyr—Kleinreifling nahezu gänzlich darniederliegend, da den Bewohnern von Steyr zur Erreichung irgend eines Ortes im Ennstale bloß ein Güterzug mit Personenbeförderung zur Verfügung steht, der infolge seiner langen Aufenthalte in den einzelnen Stationen die 45 km bis Kleinreifling erst in nahezu fünf Stunden zurücklegt (Steyr ab 8 Uhr 40 Min. Kleinreifling an 2 Uhr 9 Min.) sodaß z. B. den vielen Bewohnern von Ternberg ennsaufwärts, welche beim zuständigen Bezirksgericht in Weyer zu tun haben, infolge der kurzen Zwischenzeit in Kastenreit nicht einmal Zeit bleibt, in Weyer ihre Geschäfte zu erledigen.

Noch schlimmer steht es für die Bewohner des Ennstales, welche ihrer großen Zahl nach in Steyr zu tun haben. Sie kommen um 5 Uhr früh in Steyr an, die Geschäfte und Aemter sind aber erst um 8 oder 9 Uhr offen, sodaß für die Leute, welche bei der weiten Entfernung von der Bahn oft schon bald nach Mitternacht aufstehen mußten, zur Rückfahrt erst um 7 Uhr abends ein Zug zur Verfügung steht, der die Leute auch erst in der Nacht in ihren Heimatsort zurückbringt.

Aus diesen Gründen stellt die Sektion den dringlichen Antrag, der Gemeinderat möge den Herrn Bürgermeister beauftragen, ehestens bei den maßgebenden Faktoren dringlichst vorstellig zu werden, schon jetzt 1. den Zug, welcher früher aus dem Ennstale um halb 12 Uhr in Steyr eintraf, vorzulegen, ferner 2. der Zug, welcher um 7 Uhr früh aus St. Valentin in Steyr eintrifft bis Klein-Reifling und abends zurückzuführen um Steyr wieder mit den für seine wirtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen so wichtigen Orten des Ennstales entsprechend zu verbinden, 3. den in Steyr um 5 Uhr eintreffenden Frühzug um ungefähr eine Stunde später zu legen. (Die Anschlüsse bleiben erhalten.)

Zur Begründung der Dringlichkeit wird dem von der I. Sektion hiezu gewählten Referenten G.-R. Prof. Goldbacher das Wort erteilt.

Referent G.-R. Prof. Goldbacher begründet die Dringlichkeit des Antrages damit, daß die Zugsverbindung ins und vom Ennstale eine derart mangelhafte sei, daß auf die mit 1. Juni d. J. zugesagte Verbesserung des Zugsverkehres nicht zugewartet werden könne und es hoch an der Zeit sei, sich für eine Ver-

besserung der Verkehrsverhältnisse im Sinne des Antrages kräftigst einzusetzen.

Der Gemeinderat stimmt der Dringlichkeit des Antrages zu.

Zum Antrage selbst führt Referent G.-R. Prof. Goldbacher des Näheren die Darlegungen des Dringlichkeitsantrages aus und ersucht, um diese für die öffentlichen Interessen schwer schädigende Verkehrskalamität raschestens zu beseitigen, um die Annahme des Antrages.

Der Vorsitzende leitet nach erfolgloser Umfrage, ob zum Antrage das Wort gewünscht werde, die Abstimmung ein und wird der Dringlichkeitsantrag vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Bürgermeister Wokral bemerkt zum Antrage, daß es selbstverständlich Aufgabe des Präsidiums sein werde, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um diese notwendige Verkehrsverbesserung zu erhalten. Sodann bringt der Vorsitzende den vom G.-R. Fischer und Genossen eingebrachten Dringlichkeitsantrag betreffend Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zur Verlesung.

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließe in Anbetracht des Umstandes, daß der Abbau der Preise hinsichtlich aller Bedarfsgegenstände noch immer nicht eingesetzt hat, ja, daß insbesondere die Preise für die unentbehrlichen Lebensmittel in der letzten Zeit sogar noch eine beträchtliche Erhöhung erfahren haben und daß daher die Arbeitslosenunterstützung in ihrer gegenwärtigen Höhe zum Leben unmöglich hinreicht, zur Linderung dieses sozialen Notstandes in der Weise beizutragen, daß sich die Stadtgemeinde Steyr für die Zeit vom 24. April bis 5. Mai 1919 verpflichtet, an alle Arbeitslosen zu der seitens des Staates bewilligten Arbeitslosenunterstützung einen Zuschuß von täglich K 1·50 und für jedes Familienmitglied einen Zuschuß von täglich 50 h unter der Voraussetzung zu leisten, daß auch das Land Oberösterreich sich zu einem gleichen Zuschuß verpflichtet.

Bedingung ist, daß die auf den Zuschuß Anspruch erhebenden Arbeitslosen in Steyr vor dem 1. März 1919 wohnhaft gewesen sind und daß jegliche sich darbietende Arbeitsgelegenheit unbedingt angenommen werden muß.

Ruckerbauer	Zeilinger Gangolf	Karl Fischer
Klara Saltric	J. Wokral	Cilli Reinhardt
Anton Frühwald	F. Tribrunner	Mayrhofer
Fritz Krottenau	Kisely	Witzany
Reisinger		

15586

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages wird G.-R. Fischer das Wort erteilt.

G.-R. Fischer begründet die Dringlichkeit des Antrages mit der unbedingten Notwendigkeit, daß es besonders den Familienerhaltern unmöglich geworden sei, bei den neuerlich gestiegenen Preisen der notwendigsten Lebensmittel, Mehl und Brot, mit der staatlichen Unterstützung das Auslangen finden zu können, und eine rasche Hilfe im Sinne des Antrages für die Aermsten der Armen, die bei dem Umsturz in ihrem Berufe durch den Stillstand der Industrien immer noch keine Beschäftigung finden konnten, erfolgen müsse.

Dem Antrage wird vom Gemeinderate die Dringlichkeit zuerkannt.

Zum Antrage selbst führt G.-R. Fischer aus, daß es heute gewiß jedermann bekannt sei, unter welch schwierigen Bedingungen für Arbeitslose das Leben zu fristen ist und daher diesen wirklich Bedürftigen unter die Arme gegriffen werden müsse. Im Sinne des Antrages ersucht Referent um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister Wokral berichtet, daß in dieser Angelegenheit in Linz über Einladung des Staatsamtes eine Besprechung in der ob.-öst. Landesregierung stattgefunden habe, an welcher außer Vertretern der Stadt Steyr auch Vertreter der Arbeitslosen, Mitglieder des Arbeiterrates und der industriellen Bezirkskommission von den verschiedenen Städten teilnahmen; auch hat Stadtamtsrat Dr. Habl der Sitzung beigewohnt, welcher über das Ergebnis der Besprechung berichten wird.

Stadtamtsrat Dr. Habl berichtet, daß am 30. April l. J. bei der Landesregierung in Linz in Angelegenheit der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung eine Sitzung stattgefunden habe, an der, wie erwähnt, ein Vertreter des Staatsamtes für soziale Verwaltung und auch die Landeshauptmannstellvertreter Gruber und Langoth nebst den anderen bereits angeführten Vertretern teilnahmen. Der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge erwähnte zunächst, daß es infolge der finanziellen Lage des Staates unmöglich sei, eine weitere Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zuzugestehen; er könne nur in der Weise entgegenkommen, daß er alle Arbeitslosen unter die Mindestbemittelten einreihe und demnächst eine Verordnung erscheinen wird, mittelst welcher die großen Betriebe beauftragt werden, möglichst viele Arbeitslose in ihre Betriebe einzustellen, um dadurch den Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Die Verordnung wird weiters vorschreiben, daß Arbeiterentlassungen überhaupt nicht mehr stattfinden dürfen. Von Seite der Vertreter der Arbeitslosen wurde eingehend darauf hingewiesen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich jede Existenzmöglichkeit mit der bisherigen Unterstützung aufgehört hat und verlangten sie, daß jeder Arbeitslose 10 K pro Tag bekommen solle. Insbesondere der Führer der kommunistischen Richtung betonte die Notwendigkeit dieser Gleichstellung, wogegen der Vertreter der Arbeitslosen sozialdemokratischer Richtung darauf hinwies, daß die Festsetzung eines gleichen Betrages für alle Arbeitslosen unmöglich sei, weil das Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen selbst verschiedene Kategorien Arbeitsloser kennt, daß die Arbeitslosenunterstützung kein Entgelt für Arbeitsverdienst sei und schon im Frieden eine Abstufung der Arbeiterschaft geherrscht hat und herrschen mußte. Die Forderung des kommunistischen Vertreters wurde auch fast einstimmig abgelehnt. Nun drehte sich die Wechselrede um die Erhöhung. Zunächst wurde vom Landeshauptmannstellvertreter Gruber auf die Finanzlage des Landes und der Gemeinden verwiesen und betont, daß hierauf unbedingt Rücksicht genommen werden müsse und man den Bogen nicht allzu straff spannen dürfe. Schließlich einigte man sich auf 3 K für jeden Arbeitslosen und außerdem eine Familienzulage von 1 K, wovon die Hälfte das Land und die Hälfte die Gemeinde zu tragen hätte; diese Erhöhung hätte nur für jene Arbeitslosen in Betracht zu kommen, die vor dem 1. März 1919 in Steyr wohnten; die Dauer der Unterstützung wurde auf die Zeit vom 20. April bis 15. Mai l. J. eingeschränkt, weil auch der Staat die Arbeitslosenunterstützung mit diesem Zeitpunkte einstellen will. Man hofft, daß bis zu diesem Zeitpunkte die Arbeitslosigkeit in den industriellen Betrieben behoben sein wird. Was die finanzielle Seite anbelangt, so wird die von der Gemeinde zu leistende Zahlung des Zuschusses auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung eine Summe von 58.000 K erfordern.

G.-R. Kletzmayr erklärt, daß es freudigst zu begrüßen wäre, wenn der Gemeinderat dem Sektionsantrage vollinhaltlich zustimmen würde. Das Begehren der Arbeitslosen liegt in dem tatsächlichen Umstande, daß sie mit der bisherigen Unterstützung zufolge der neuerlich gestiegenen Lebensmittelpreise nicht mehr leben können. Es sei daher die Bewilligung des erforderlichen Zuschusses durch die Gemeinde ein Akt der Pflicht und aus diesem Grunde eine Annahme des Sektionsantrages zu begrüßen, weil dadurch auch die Ruhe und Ordnung in der Stadt gewährleistet wird.

G.-R. Bachmayr frägt an, ob durch die neuerliche Erhöhung des Zuschusses der am 18. April beschlossene Zuschuß aufgehoben wird, worauf der Vorsitzende erwidert, daß dies selbstverständlich sei, da sonst eine derartige finanzielle Belastung der Stadt eintreten würde, die dieselbe unmöglich leisten könnte und eine Doppelbelastung bedeuten würde.

G.-R. Dr. Peyrer-Angermann glaubt, daß die Gemeinde unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes tun könne, als dem Sektionsantrage zuzustimmen. Zum Gegenstande sei jedoch zu bemerken, daß den Arbeitslosen in Wirklichkeit mit geldlichen Aushilfen und Zubussen nicht viel genützt sei und überhaupt den Staat zur fortwährenden Vermehrung der Banknotenzettel veranlassen. Eine wirkliche Hilfe könnte nur durch Zuweisung von Naturalien, seien sie unentgeltlich oder zu entsprechend verbilligten Preisen erfolgen. Dies müsse, um die fortschreitende Entwertung unserer Valuta einzudämmen, ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Bürgermeister Wokral erwidert, daß durch die zu erwartende Verordnung des Staatsamtes für soziale Fürsorge eine Besserung der Arbeitsverhältnisse zu erhoffen stehe; vorläufig werde jedoch der Gemeinde nichts anderes übrig bleiben, als auf den Sektionsantrag einzugehen.

Der Vorsitzende läßt über den Sektionantrag abstimmen und wird derselbe vom Gemeinderate angenommen.

Weiters teilt der Vorsitzende mit, daß vom G.-R. Dr. Furrer ein Dringlichkeitsantrag betreffend Schaffung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke eingebracht wurde.

G.-R Dr. Furrer spricht den Wunsch aus, diesen Antrag gemeinsam mit dem Punkte 12 der Tagesordnung zu behandeln.

Der Gemeinderat stimmt dem Wunsche des Antragstellers zu.

Schließlich teilt der Vorsitzende mit, daß die Bediensteten des Bahnbetriebsamtes Steyr Wohnungen in der Stadt beanspruchen und darauf verweisen, daß genügend Wohnungen in der Stadt vorhanden sind, daß es denselben aber infolge der Willkür und des Vorurteiles der Hausbesitzer schwer sei, in der Stadt eine einigermaßen entsprechende Wohnung erhalten zu können.

Hiezu bemerkt der Vorsitzende, daß die Gesuchsteller jedenfalls falsch unterrichtet sind, da bekannterweise in der Stadt dermalen noch fast keine freien Wohnungen zur Verfügung stehen; der Angelegenheit kann erst nach Konstituierung des Wohnungsamtes näher getreten werden und wird dem Wohnungsausschuß das Ansuchen überwiesen werden.

Hierauf tritt der Gemeinderat in die Beratung der Tagesordnung ein. Punkt 1 „Personalansuchen" wird der vertraulichen Behandlung zugewiesen.

I. Sektion.

2. Beschlußfassung wegen Uebernahme der Treuhandstelle über die im Stadtgebiete liegenden Sachgüter.

Referent G.-R. Fischer bringt zunächst die Zuschrift der prov. Landesregierung vom 17. April, Zl. 1914/19 Demob., zur Kenntnis, welche lautet: „Der ständige Ausschuß der Sachgüterdemobilisierungskommission hat in seiner 19. Sitzung vom 4. April 1919 auf Grund gemachter Wahrnehmungen das eminente Interesse betont, welches eine glatte, rasche Sachdemobilisierungsaktion im Interesse mit sich bringt.

Nachdem im Gebiete der Gemeinde Steyr sich noch viele Sachgüter befinden, die einer Verwertung zugeführt werden müssen, erscheint es notwendig, behufs klagloser Durchführung der Sachdemobilisierung die Gemeinde einzuladen, ob sie gewillt ist, als Treuhänderin der prov. Landesregierung für die Sachdemobilisierung der in ihrem Bereiche gelegenen Sachgüter zu fungieren.

Zu diesem Behufe beehrt sich die Landesregierung die diesbezüglichen grundlegenden Bestimmungen zu übermitteln und wird um eheste Stellungnahme zu diesem Anerbieten ersucht."

Am 28. April hat bei der Stadtgemeinde-Vorstehung eine Besprechung in dieser Angelegenheit stattgefunden, über welche ein Promemoria verfaßt und man sich auf folgende Vorschläge einigte.

1. Zur Verwahrung und Verwaltung der Sachgüter (in einem Verzeichnisse detailliert aufgeführt) soll eine Treuhandstelle in Steyr errichtet werden, die Sachgüter zu treuen Händen von der Landesregierung nach den hiefür bestehenden Instruktionen zu übernehmen hätte.

2. Die Treuhandstelle soll als Gesellschaft m. b. H. unter dem obigen Namen gegründet werden und es hätten ihr als Gesellschafter die Stadtgemeinde Steyr und die „Rowa" anzugehören. Das Stammkapital der Gesellschaft soll K 100.000·— betragen, wovon jedoch nur ein Viertel, d. s. K 25.000·— bar einzubezahlen sind und die Stadtgemeinde Steyr sowie die „Rowa" je die Hälfte als Stammeinlagen zu übernehmen hätten.

3. Die Geschäftsführung der Gesellschaft würde der „Rowa" übertragen, die hiefür in Steyr einen sachverständigen Bevollmächtigten in der Person des Herrn Ing. Grous und Herrn Hauptmann Stöger als Verrechnungsorgane sowie etwa sonst nötige Organe bestellen wird.

4. Die Durchführung der sämtlichen Geschäfte der Treuhandstelle untersteht einem Aufsichtsrate, in dem die Stadtgemeinde Steyr, der Bezirksverband der Gewerbegenossenschaften, der Arbeiterrat, der Soldatenrat und die „Rowa" Vertreter nach einem erst festzusetzenden Schlüssel zu entsenden haben.

Nach Annahme der vorstehenden Vorschläge durch den Gemeinderat der Stadt Steyr und der Bestellung der Treuhandstelle seitens der Landesregierung wird die „Rowva" der Stadtgemeinde Steyr den Entwurf des Gesellschaftsvertrages mit den Detailbestimmungen vorlegen, der dann auf Grund der Annahme der vorstehenden Vorschläge von den gesetzlichen Vertretern der Stadtgemeinde Steyr mit der „Rowa" abzuschließen wäre."

Die Sektion hat hiezu Stellung genommen und stellt den Antrag der Uebernahme der Treuhandstelle durch die Stadtgemeinde im Sinne der vorangeführten Vorschläge zuzustimmen, da sich die Gemeinde hiedurch die sicherste Einflußnahme auf die Sachdemobilisierungsgüter und deren Verwertung durch die heimischen interessierten Kreise zu wahren vermag.

Die vom Vorsitzenden eingeleitete Abstimmung über den Sektionsantrag ergibt die einstimmige Annahme des Antrages. Zl. 13.458.

3. Bestellung der Vorsitzenden für die Wahlkommission.

Referent G.-R. Nothhaft: Zur Vornahme der Landtags- und Gemeinderatswahlen am 18. Mai l. J. ist es notwendig, daß wie zu den Nationalratswahlen im Februar Wahlleiter für die 22 Wahlsprengel ernannt werden. Die Sektion schlägt dem Gemeinderate die Bestellung nachstehender Herren für die Wahlen am 18. Mai vor:

Wahlsprengel	I:	Alfred Schopper, Stadttierarzt, Stadtplatz 11.
„	II:	Auer Richard, Steuerverwalter, Bahnhofstraße 10.
„	III:	Michael Heindl, Oberoffizial, Ramingsteg 58.
„	IV:	Anton Saminger, Kanzleivorsteher, Bahnhofstraße 10.
„	V:	Rudolf Landa, Postoberoffizial, Prevenhubergasse 3.
„	VI:	Heinrich Drasch, städt. Konzipist, Grünmarkt 1.
„	VII:	Franz v. Pausinger, Kassaoffizial, Stadtplatz 26.
„	VIII:	Josef Wagner, Kassaverwalter, Engegasse 17.
„	IX:	Johann Bayer, Kanzleileiter, Berggasse 22.
„	X:	Friedrich Drahowsal, Steuerverwalter, Pfarrplatz 2.
„	XI:	Franz Schöllhuber, Steueroffiz., Werndlstraße 5.
„	XII:	Anton Schöndorfer, Steuerobervorwalter, Spitalskystraße 10.
„	XIII:	Engelbert Egger, Kanzleioberoffizial, Stadtplatz 16.
„	XIV:	Alois Saiber, Steueroffizial, Spitalskystraße 12.
„	XV:	Dr. Rudolf Tabernikel, Bezirksrichter, Schlüsselhofgasse 23.
„	XVI:	Franz Wegschaider, Schlüsselhofgasse 29.
„	XVII:	Robert Brunner, Steueroffizial, Fischergasse 6.
„	XVIII:	Josef Hüller, Kanzlist, Grünmarkt 24.
„	XIX:	Georg Kern, Oberoffizial, Stadtplatz 17.
„	XX:	Florian Kininger, Steuerverwalter, Promenade 8.
„	XXI:	Dr. Anton Köllinger, Richter, Bahnhofstraße 1.
„	XXII:	Rudolf Markut, Rechnungsoffizial, Fischergasse 22.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlage der I. Sektion zu.

4. Wahl von vier Vertretern ins Kuratorium der Handelsschule.

Referent G.-R. Nothhaft: Trotz des noch kurzen Bestandes des gegenwärtigen provisorischen Ge-

meinderates bis zu den Neuwahlen am 18. Mai ist es infolge wichtiger Beratungen für die Handelsschule notwendig, die Neuwahl in das Kuratorium vorzunehmen. Die Sektion schlägt zur Wahl in das Kuratorium folgende Herren vor: Vizebürgermeister Tribrunner und die Gemeinderäte Prof. Brand, Prof. Goldbacher und Krottenau.

Der Wahlvorschlag der Sektion wird vom Gemeinderate angenommen.

5. Umbenennung von Straßen.

Referent G.-R. Prof. Goldbacher: Bei der Umbenennung von Straßen gibt es zwei verschiedene Standpunkte, entweder einen neuen Namen oder ein Rückgehen auf den bereits für die Straße oder den Platz bestandenen Namen. Es handelt sich vor allem um den Karl Ludwig-Platz, um den Franz Josef-Platz und um die Marie Valerie-Straße. Die Sektion schlägt Ihnen vor: den Karl Ludwig-Platz in Volksplatz, den Franz Josef-Platz in den altgewohnten Namen Promenade — wenn es auch kein deutsches Wort ist, doch aber seit langer Zeit der Platz durch die dort durch Aufschüttung des Grundes zu einer Promenade entstandenen Spazierweges zu einer solchen geworden — und die Marie Valerie-Straße in Stelzhammerstraße umzubenennen. Was die letzte vorgeschlagene Benennung betrifft, so geht die Sektion von dem Standpunkte aus, daß Steyr in Oberösterreich fast die einzige Stadt ist, die den bekannten und beliebten oberösterreichischen Dichter bisher noch nicht durch eine Benennung einer Straße nach ihm geehrt hat und es daher gewiß bei dieser Gelegenheit am Platze ist, dem Volksdichter Stelzhammer eine dauernde Ehrung zu erweisen. Was schließlich den Trollmannplatz und dessen Umbenennung anbelangt, so muß gesagt werden, daß dessen Namen mit dem der Umbenennung der Straßen und Plätze unterlegten Grundsatze eigentlich nichts zu tun hat, daß aber dem vielseitigen Wunsche entsprechend, die Sektion zu dem Mehrheitsbeschlusse gelangte, den Trollmann-Platz künftighin wieder mit den alten Namen „Grünmarkt" zu belegen. Es erübrigt nur noch mehr die Bismarck-Straße. Ich möchte hier meiner persönlichen Meinung Ausdruck geben, wenn ich sage, daß Bismarck mit dem Umsturze gewiß nichts zu tun hat, sondern daß Bismarck der größte Deutsche war, der durch Zusammenlegung der Kleinstaaten der deutschen Völker das mächtige deutsche Reich gegründet hat. Die Sektion ist aber auch hier zu dem Mehrheitsbeschlusse gelangt, daß die Bismarck-Straße fortan die ihr zukommende Bezeichnung „Bahnhofstraße" erhalten solle.

G.-R. Bachmayr erklärt, gegen einen Teil des Sektionsantrages nichts einzuwenden, was jedoch die Bismarck-Straße anbelangt, bittet derselbe, von dem Antrage auf Umbenennung abzusehen. Steyr würde die erste Stadt sein, welche den Namen des größten aller Deutschen aus ihrer Liste streichen würde. Unsere Regierung strebt mit aller Macht den Anschluß an das große deutsche Reich an und wir wissen genau, daß sich das heutige Deutschösterreich allein in seiner jetzigen Lage nicht erhalten kann; um uns zu kräftigen, brauchen wir das große und mächtige deutsche Reich, dessen Volk uns durch seine Tüchtigkeit unsere Lage erst verbessern kann. Wenn die Städte Deutschösterreichs dem Beispiele Steyrs folgen würden, — was nicht zu denken ist — wäre dies vielleicht eine Gefährdung für den angestrebten Anschluß an das deutsche Reich überhaupt. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Sozialdemokraten: „Oho"! „Warum nicht gar"!) Die Meinungen können hierüber verschieden sein. Wir stehen ohnedies in kurzer Zeit vor der Neubenennung von Straßen auf der hohen Ennsleite und könnte daher die Umbenennung dieser Straße bis zu dieser Neubenennung vertagt werden. Von keiner einzigen deutschen Stadt Deutschösterreich hat man bisher gehört, daß sie die Straßennamen Bismarck streichen will; ich stelle daher den Gegenantrag auf Vertagung der Umbenennung der Bismarckstraße.

Vizebürgermeister Mayrhofer glaubt, daß man sich über die Umbenennung der Bismarckstraße kein langes Kopfzerbrechen machen solle. In Wirklichkeit hat sich die Bevölkerung noch heute nicht in den Namen Bismarck-Straße hineingefunden, sondern sei ihr der Name „Bahnhofstraße" als natürliche Bezeichnung viel geläufiger. Redner erklärt, der Größe und Bedeutung Bismarcks gewiß nichts herunternehmen zu wollen, die Zeiten sind aber zu ernst und könne ins Treffen geführt werden, daß es fraglich sei, ob dieser schreckliche Weltkrieg jemals gekommen wäre, wenn die Politik Bismarcks eine andere Richtung genommen hätte. Wir wissen, daß Bismarck von manchen hoch eingeschätzt wurde, uns liegt aber nur der Gedanke zu Grunde, der Straße wieder ihre richtige Bedeutung und Namen „Bahnhofstraße" zu geben. Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß es hoch an der Zeit ist, die Straßenbenennungen auf der Ennsleiten zur Orientierung durchzuführen, da schon in nächster Zeit zehn neuerbaute Häuser bezogen werden.

G.-R. Eisterlehner verweist darauf, daß schon von allem Anfange an die Bezeichnung der Bahnhofstraße als Bismarck-Straße verfehlt war, in jeder Stadt finde man diejenige Straße, welche zum Bahnhof führt, als Bahnhofstraße bezeichnet, so daß sich jeder Fremde sofort orientieren kann; es sollte daher auch für Steyr die richtige Bezeichnung „Bahnhofstraße" erhalten bleiben.

G.-R. Fendt schließt sich den Ausführungen des G.-R. Bachmayr vollinhaltlich an und ersucht mit Rücksicht auf die bevorstehende Neubenennung von Straßen auf der Ennsleiten den Sektionsantrag über die Umbenennung der Bismarckstraße zu vertagen.

Bürgermeister Wokral: Ueber den Vertagungsantrag des G.-R. Bachmayr ist sogleich abzustimmen.

Der Vertagungsantrag wird vom Gemeinderate mit Mehrheit abgelehnt und in zweiter Abstimmung der Sektionsantrag auf Umbenennung der Bismarck-Straße in Bahnhofstraße und aller übrigen Umbenennungen mit Mehrheit angenommen.

II. Sektion.

6. Beschlußfassung wegen Erhöhung der Platz- und Hüttengebühren am Jahrmarkt.

Referent G.-R. Bachmayr: Ueber Mitteilung des Amtes hat sich ergeben, daß die Aufwendungen für die Aufstellung der Jahrmarkthütten immer größer werden, so daß eine Erhöhung der Gebühren für die Platzbenützung und der Hüttenaufrichtung gerechtfertigt erscheint. Die Sektion hat sich der Anregung des Amtes auf Erhöhung der Gebühren angeschlossen und stellt den Antrag: „Der Gemeinderat beschließe, die Platz- und Hüttengebühren am Jahrmarkt um 30 Prozent zu erhöhen. Der bisherige Nachlaß für Gebühren an Steyrer Geschäftsleute bleibt aufrecht."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

7. Antrag des G.-R. Fendt auf finanzielle Beteiligung am Ausbau der elektrischen Bahn St. Florian—Steyr.

Referent G.-R. Bachmayr: In der Sitzung vom 24. März l. J. wurde folgender Antrag durch G.-R. Fendt eingebracht: „Anfangs Jänner 1919 hat sich in Enns—Kronstorf—Hargelsberg ein Komitee gebildet zur Erbauung resp. Weiterführung der elektrischen Bahn St. Florian—Steyr; zu diesem Komitee wurden bereits auch Mitglieder des Gemeinderates Steyr eingeladen.

Die Bahn verfolgt den Zweck, die Verbindung zwischen Linz, St. Florian, Ebelsberg, Enns, Kronstorf, Hargelsberg, Stallbach, Stadlkirchen, Dietach, Gleink und Steyr herzustellen.

Der Anschluß wäre in Ebelsberg. Der Bau ist als Notstandsbau gedacht. Die Gemeinden haben bereits über eine Million Kronen gezeichnet.

In Anbetracht der großen Wichtigkeit für Approvisionierungszwecke 2c., die dieser Bahn für Steyr zukommt, wird beantragt, die Gemeinde Steyr möge sich ebenfalls entsprechend finanziell bei diesem Unternehmen beteiligen."

Die Sektion hat sich gestern mit diesem Antrage eingehend beschäftigt und hält gleichfalls den Ausbau dieser Bahn für Approvisionierungszwecke für die Stadt äußerst wichtig. Es bestehen jedoch gegenwärtig zwei Trassen, über welche eine Entscheidung noch nicht er-

flossen ist, so daß die Sektion keinen direkten Antrag auf eine bestimmte Summe zur finanziellen Beteiligung beantragen kann und nur folgenden Antrag zu stellen vermag: Der Gemeinderat erklärt sich bereit, eine den Mitteln der Stadt Steyr entsprechende Summe zwecks Ausbau der elektrischen Bahn St. Florian—Steyr zu zeichnen.

Die Sektion beantragt zum Studium dieses Projektes die Einsetzung eines eigenen Verkehrsausschusses. Dieser Verkehrsausschuß hätte natürlich mit dem im Antrage genannten Komitee sofort in Fühlung zu treten, dem Gemeinderate Bericht zu erstatten, damit derselbe in die Lage kommt, eine bestimmte Summe zur finanziellen Beteiligung an dem Unternehmen aussprechen zu können.

Vizebürgermeister Tribrunner erklärt, mit der Form des Antrages nicht einverstanden sein zu können, weil solche Anträge seitens des Gemeinderates schon vor Jahren gefaßt wurden, ohne jemals zu einem Ziele zu führen. Wir haben im Gemeinderate schon soviele solche Anträge gehört und immer wurden daran solche Bedingungen geknüpft, daß sich Steyr mit lauter Bedenken fast schon lächerlich machte. Es wäre für die Stadt sehr wichtig, wenn endlich etwas Reales aus der Sache herausschauen würde und die Stadt mit dem wichtigen Hinterlande eine Verbindung bekäme; ob jetzt die Bahn außerhalb Steyr etwas mehr rechts oder links geführt wird, kann für dieselbe ganz gleichgültig sein, weil beide Projekte ein ertragreiches Hinterland berühren. Redner stellt den Gegenantrag, daß sich der Gemeinderat bereit erklärt, jedes Projekt, welches die entsprechende Verbindung St. Florian mit Steyr schafft, zu unterstützen.

G.-R. Fendt bemerkt, daß es ihm angenehm sei, daß sich der Gemeinderat heute mit seinem Antrage beschäftige und die Sektion beantragt, dieses Unternehmen finanziell zu unterstützen. Die Sektion spricht aber nicht klipp und klar aus, in welcher Höhe sie eine finanzielle Unterstützung beantragt. Redner pflichtet dem Gegenantrage des Vizebürgermeisters Tribrunner bei und bezeichnet es als richtig, daß die wirtschaftliche Frage für Steyr die erste Rolle spiele; durch die seinerzeitig gestellten Bedingungen über die Einfahrt der Bahn in die Stadt sei bisher in der Ausführung der Bahn kein Resultat erzielt worden. Der Gemeinderat möge sich aber nun rasch und bindend erklären und zumindestens einen engeren Verkehrsausschuß wählen, welcher sich intensiv mit der Finanzfrage beschäftigt. Die Hauptsache sei, so rasch als möglich eine Verbindung mit dem Hinterlande zu erhalten und soll sich der Gemeinderat nicht auf einen kleinlichen Standpunkt stellen, sondern mit allen Mitteln trachten, die Sache zu verwirklichen helfen.

G.-R. Kletzmayr drückt sein besonderes Interesse an der Bahnbauausführung aus und berichtet, daß vom Abgeordneten Thanner unter anderem auch der Antrag auf Ausführung dieser Bahn überreicht wurde, um diese Bahn als Notstandsbau so rasch als möglich durchzuführen. Eine Verzögerung eines Gemeinderatsbeschlusses würde auch seine Arbeitstätigkeit im Eisenbahnausschusse unterbinden; andererseits werde diese Angelegenheit ohnehin schon zu lange herumgezogen. Nach dem Sektionsantrage würden wieder Monate vergehen, bis die Sache akut würde und könnten vielleicht wieder zehn Jahre vergehen, bis diese Bahn fertig würde. Steyr möge in der Sache etwas rascher arbeiten, damit wir die Regierung auch zu den nötigen Bewilligungen mit Erfolg auffordern können.

G.-R. Kattner erinnert an seinen vor kurzem gestellten Antrag auf Automobilisierung der Strecke Kronstorf—Steyr und ersucht, so bald wieder Autos und Benzin zu haben sei, auch dieser Frage so rasch als möglich nahe zu treten.

G.-R. Prof. Goldbacher ist der Anschauung, daß es dem Gemeinderate heute gelingen muß, eine bestimmte Antragsform zu finden. Es bedeute schon wirklich für Steyr eine Schande, daß man hier wegen dieses Bahnbaues nicht weiterkomme. Es müsse doch eine Körperschaft bestehen, an die sich die Gemeinde bezw. der engere Verkehrsausschuß zu wenden hätte.

Vizebürgermeister Mayrhofer erinnert daran, daß die Schuld des Stillstandes an der Eigensinnigkeit mehrerer Hausbesitzer in der Sierningerstraße liege. Mit dem Antrage des G.-R. Kattner sei auch nicht gedient, weil Benzin derzeit einen Preis von 7 K per Kilo erreicht hat, welcher die Fahrten mit Autos ins ungemessene verteuern müßte. Der Antrag der Sektion auf Bildung eines Verkehrsausschusses sei nicht von der Hand zu weisen; nur muß dieser Ausschuß auch sofort zusammengesetzt und in Tätigkeit treten. Die Vorberatung muß stattfinden, damit nicht später gesagt wird, die Gemeinde hat ohne weitere Information einer Bauführung zugestimmt und finanziell unterstützt, die durch ihre Ausführung als unzweckmäßig bezeichnet werden könne.

G.-R. Fendt erwidert, daß das Komitee, an das sich der zu wählende Ausschuß zu wenden hätte, in Enns bestehe und der Bürgermeister in Enns der Obmann desselben sei. Dort sei alles Nähere zu erfahren. Die interessierten Gemeinden haben bereits über eine Million Kronen gezeichnet. Dem engeren Verkehrsausschusse werde es ein leichtes sein, sich die näheren Informationen für einen bestimmten Antrag einzuholen.

Bürgermeister Wokral berichtet, daß die Tramway- und Elektrizitätsgesellschaft in Linz bereits angesucht habe, ihr den für den Ausbau der Strecke ab St. Florian noch vorhandenen Fond zwecks Ausgestaltung der Bahn Linz—St. Florian zu erfolgen. Es besteht also die Gefahr, daß durch diesen Vorgang, wenn nicht rasch eine Entscheidung erfolgt, die Ausführung des Bahnbaues überhaupt in Frage gestellt wird.

G.-R. Prof. Brand verweist darauf, daß nach Aussprache von Interessenten nur noch die Stellungnahme und finanzielle Beteiligung der Stadt Steyr, die am meisten mitinteressiert sein sollte, fehlt, um das Projekt zu verwirklichen, daher sei es hohe Zeit, daß die Angelegenheit auch von Steyr aus rasch in die Hand genommen werde.

G.-R. Bachmayr erwidert, daß die Sektion zu keinem anderen Antrag kommen konnte, weil ihr jede Handhabe und Aufschluß über den Stand der Angelegenheit überhaupt fehlte. Die Einsetzung eines Verkehrsausschusses wird unvermeidlich sein, da die Gemeinde doch wissen müsse, wie viel die Stadt finanziell beitragen solle.

Vizebürgermeister Tribrunner erklärt, seinen Gegenantrag in einen Zusatzantrag umzuändern und zwar dahin gehend, daß sich der Gemeinderat grundsätzlich bereit erklärt, die Bahnausführung finanziell zu unterstützen, ohne weitere Bedingungen über Trassenführung bezw. Festsetzung eines der beiden Projekte zu stellen. Der Gemeinderat möge sich heute aussprechen, sich mit dem gleichen Betrage von glaublich 50.000 K zu beteiligen, wie der Beschluß lautete, den er vor mehreren Jahren faßte. Es wurde auch seinerzeit von 100.000 K gesprochen, jedoch daran die Bedingung über die bestimmte Trassenführung geknüpft.

G.-R. Bachmayr bemerkt, für jede Information, die der Sektion zu den weiteren Vorschlägen dienlich sein kann, dankbar zu sein und formuliert neuerdings den Sektionsantrag:

„Der Gemeinderat erklärt sich neuerdings bereit, eine entsprechend den Mitteln der Stadt festzusetzende Summe zwecks Ausbau der elektrischen Bahn St. Florian—Steyr zu zeichnen und beantragt die II. Sektion, die Einsetzung eines eigenen Verkehrsausschusses zwecks Studium der Bahnverbindung St. Florian—Steyr."

Der Vorsitzende leitet über den Sektionsantrag die Abstimmung ein und wird derselbe vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

In den Verkehrsausschuß werden sodann gewählt: Die Gemeinderäte Johann Baumgartner, Dr. Peyrer-Angermann und Hermann Kletzmayr.

Die Tätigkeit des Verkehrsausschusses hat sofort einzusetzen.

III. Sektion.

8. Anbot zum Ankaufe einer Schottergewinnungsanlage und von Baumaterialien.

Referent Vizebürgermeister Mayrhofer: Herr Baumeister Plochberger hat der Stadtgemeinde seinen unterhalb des neuen Krankenhauses gelegenen Grund

samt allen darauf befindlichen Werkanlagen, dem Wohngebäude und der Einrichtung, als große Mengen Baumaterialien und Baubetriebseinrichtungen zum Kaufe angeboten. Zur Ueberprüfung des Kaufanbotes hat am 30. April seitens der Bausektion eine Besichtigung und Schätzung des Gutbestandes stattgefunden, worüber nachstehendes Protokoll aufgenommen wurde:

Protokoll
aufgenommen am 30. April 1919

Gegenstand:

Antrag der Bausektion auf Ankauf einer Schottergewinnungsanlage und von Baumaterialien.

Anwesende:

Bürgermeister Josef Wokral.

Vizebürgermeister Hans Mayrhofer und die Gemeinderäte: Dr. Ulrich Furrer, Josef Eisterlehner und Anton Frühwald.

Vom Stadtbauamte: Baukommissär Ing. Treml.

Als Schriftführer: Protokollführer Karl Ridler.

Zur Besichtigung der vom Baumeister Herrn Plochberger der Gemeinde zum Kaufe angebotenen Schottergewinnungsanlage versammelte sich die Kommission um 2 Uhr nachm. im neuen Krankenhause und nahm sodann unter Führung des Vizebürgermeisters Mayrhofer die Begehung und Abschätzung der ganzen Anlage vor. Hiebei stellte die Kommission fest:

Das Kaufangebot umfaßt das Haus Nr. 135 Sierningerstraße (Konskr. Nr. 207) enthaltend eine aus Zimmer, Küche und Speise bestehende Platzmeisterwohnung, sehr geräumigen Räumen mit sehr gut erhaltener Dachung, anschließend die Zementgußräume mit allen hiezu erforderlichen Maschinen und Gußmodellen, ferner in drei großen und zwei kleineren Schupfen ordnungsmäßig verteilt, große Mengen aller erforderlichen Baumaterialien, von denen besonders vorhandene Krane, Schienenmaterial, Holzpfosten, Kipprollwägen, Lastwägen, Steinfließenplatten gegen 10.000 m² gebundenes Stukkaturmaterial, sämtliche Gegenstände in sehr gut verwendbarem Zustand, außerhalb lagernd Kanalröhrenmaterial in großer Menge hervorzuheben sind.

Das Ausmaß der Bauparzellen beträgt 11 a 69 m².

An Grundstücken sind vorhanden:

G. P. 682/2		1019 m²
„ 683		1111 „
„ 685/1		3756 „
„ 685/2		6286 „
„ 685/3		4499 „
„ 687		14.253 „
„ 688/1		14.439 „
„ 688/2		5347 „
„ 688/3	Weg	1023 „
„ 689		4805 „
	zusammen	56.538 m²

ist gleich 5 ha 65 a 38 m².

Ein Situationsplan liegt bei. Oberhalb des gegenständlichen Grundes lagern große Mengen (zirka 12.000 m³) Schotter, der ebenfalls dem Inventar aller Kaufgegenstände einzuschließen ist. Das Inventar aller Kaufgegenstände wird nachgebracht.

Die Kommission kam nach Besichtigung der Anlage einhellig in der Ansicht überein, daß das Kaufangebot schon mit Rücksicht auf die künftigen Bauführungen beim Krankenhause und des guten Zustandes des Materials als günstig zu bezeichnen ist und dem Gemeinderate die Erwerbung der Anlage samt allen dazugehörigen Grund um den Kaufpreis von 140.000 K zu empfehlen ist.

Der Kommissionsleiter:
Josef Wokral m. p

Herr Baumeister Plochberger will mit diesem Kaufangebot der Gemeinde ein Entgegenkommen beweisen, welches gewiß anzuerkennen ist und stellt die Sektion den Antrag, auf das Angebot einzugehen und den Ankauf durch den Gemeinderat zu genehmigen.

Nach befürwortenden Worten des Herrn G.-R. Fendt, sowie der G.-R. Eisterlehner, Dr. Furrer und Bürgermeister Wokral beschließt der Gemeinderat den Ankauf.

13946

9. Nachträgliche Genehmigung der Vergebung des Stadttheaters zur Veranstaltung von Wohltätigkeitsvorstellungen.

Referent G.-R. Chalupka: Seitens des Wohltätigkeitsvereines „Die 1915er" liegt ein Ansuchen vor, worin derselbe um die Bewilligung bittet, im hiesigen Stadttheater für den 30. April und 2. Mai l. J. Theatervorstellungen geben zu dürfen. Die Sektion empfiehlt dem Gemeinderate die nachträgliche Genehmigung der bereits erteilten Bewilligung, stellt jedoch für künftige derartige Vorstellungen die Bedingung, daß, nachdem ein Theatermeister derzeit nicht bestellt ist, das Bauamt beauftragt werde, die feuerpolizeiliche Ueberprüfung vorzunehmen und darauf zu achten, daß zu jeder Vorstellung eine fachmännische Bedienung der Beleuchtungs- und technischen Einrichtungen des Theaters erfolge.

Bürgermeister Wokral teilt mit, daß der Verein auch für den 6. Mai l. J. eine Bewilligung zur Veranstaltung einer Theatervorstellung zu erhalten trachte und diese unter Einhaltung der oben angeführten Bedingungen erteilt werden möge.

Der Gemeinderat erteilt hierauf die nachträgliche Genehmigung für den 30. April und 2. Mai und die Bewilligung für den 6. Mai unter den bereits festgesetzten Bedingungen. 13149

10. Bericht der Spitalskommission wegen Erhöhung der Bezüge des Dienstpersonales im Krankenhause.

Referent Vizebürgermeister Mayrhofer: Die Sektion bezw. die Krankenhauskommission stellt folgenden Antrag:

Das gesamte Dienstpersonal des neuen Krankenhauses als auch jenes im alten St. Anna-Spitale, einschließlich der Pflegeschwestern Lina Galistl und des Hilfspersonales in der Kanzlei, trat mit der mündlichen Bitte um eine der Zeit angemessene Erhöhung der Löhne an die Krankenhauskommission heran und bat um wohlwollende Befürwortung.

Die Krankenhauskommission beschloß in ihrer Sitzung vom 14. April 1919, dem löblichen Gemeinderat den Antrag zu unterbreiten, eine 50 %ige Lohnerhöhung bewilligen zu wollen und außerdem dem Personale an Naturalien je ein Paar Schuhe und dem weiblichen Personal außerdem je 5 Meter Kleiderstoff zuwenden zu wollen. Es kämen 50 Paar Schuhe und 90 Meter Kleiderstoff in Betracht. Bei diesen Naturalbeschaffungen würden auch die Schwestern partizipieren.

Weiters wird beantragt, den Dienstmädchen im Waisenhause für die Mithilfe an Waschtagen im St. Anna-Spital vierteljährlich 90 K zu gewähren.

Endlich beantragt die Kommission, der Frau Portier Mayrhofer zu bewilligen: Anstatt der bisherigen Remuneration von jährlich K 340·— eine monatliche von K 50·— rückwirkend ab 1. Jänner 1919.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einstimmig angenommen. 15112

IV. Sektion.

11. Beschlußfassung über die Aktion „Frühstück für Schulkinder".

Referent G.-R. Lebeda berichtet, daß die Sektion in ihrer Beratung zu dem Entschlusse gekommen sei, zur Realisierung der Angelegenheit noch weitere Erhebungen zu pflegen und beantragt die vorläufige Rückstellung der Beschlußfassung hierüber.

Wird angenommen.

12. Antrag des G.-R. Krottenau auf Bestellung eines Schularztes.

Der Vorsitzende ersucht Herrn G.-R. Lebeda, das Referat zu übernehmen, weil Herr Vizebürgermeister Tribrunner weggehen mußte.

Referent G.-R. Lebeda bringt den Antrag des G.-R. Krottenau zur Verlesung: „Ein löblicher Gemeinderat wolle die Bestellung eines hiesigen Arztes, zum Zwecke der Abhaltung von Monatsvorträgen in den letzteren Jahrgängen der Real- und Fachschule und Mädchenlyzeums, sowie der Fach- und Fortbildungsschulen beschließen und sollten diese Vorträge für die

reifere Jugend hauptsächlich stofflich die Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft, rechtzeitige Behandlung von Geschlechtskrankheiten, geschlechtliche Jugendexzesse und deren natürliche Heilung, vom ärztlichen Standpunkte tolerant und gewissenhaft behandeln."

Die Sektion beantragt: Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen, es sei bezüglich der Abhaltung solcher Vorträge zunächst mit den Direktoren der in Frage kommenden Schulen Rücksprache zu nehmen und auch mit der Vereinigung der Aerzte von Steyr diesbezüglich in Verbindung zu treten.

Zu diesem Behufe wären die Herren Direktoren und ein Vertreter der Aerzte zu einer Sitzung der IV. Sektion einzuladen.

Eine endgültige Beschlußfassung über den vorliegenden Antrag hätte erst nach dieser Unterredung mit den beteiligten Faktoren zu erfolgen.

G.-R. Dr. Furrer begründet hierauf seinen Antrag, welcher lautet: Die Gefertigten beantragen die Errichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Steyr.

(Folgen die Unterschriften.)

Hiezu führt G.-R. Dr. Furrer aus, daß die Syphilis bedauerlicherweise im steten und erschrecklichen Fortschreiten begriffen sei und eine Beratung aller Kreise zur Verhütung der Ansteckung dieser lebenszerstörenden Krankheit äußerst dringlich wird. Die medizinische Wissenschaft sei heute im Stande, innerhalb der ersten drei Wochen eine verläßliche Diagnostik stellen und noch rechtzeitig eingreifen zu können, wenn die Betroffenen die falsche Scham ablegen und in der zu schaffenden Beratungsstelle vertrauliche Hilfe suchen. Die Betroffenen seien es schon ihren Mitmenschen schuldig, sich unter allen Umständen der ärztlichen Behandlung zu unterziehen, da die Ansteckungsgefahr eine eminente ist. Zu der Beratungsstelle wird auch seitens des Staates ein Einrichtungsbeitrag zu erhalten sein, wie auch aus Demobilisierungsgütern jene physikalischen Instrumente erhältlich sein werden, mit denen die Beratungsstelle so rasch als möglich eingerichtet werden könne. Es erübrige vor allem die nötigen Lokale zu sichern und dieses humanitäre Hilfswerk für die gefährdete Menschheit in die Tat umzusetzen.

Die G.-R. Witzany, Krottenau befürworten den Antrag auf das Wärmste.

Vizebürgermeister Mayrhofer bemerkt hiezu, daß der Antrag in drei Teile zerfalle. 1. in die Veranstaltung von Vorträgen nach dem Antrage des G.-R. Krottenau, 2. in Schaffung von Räumen für die Beratungsstelle nach dem Antrage des G.-R. Dr. Furrer und 3. in die Vornahme der Wassermann'schen Proben. Es wird sich empfehlen, den Infektionspavillon ehestens auszuführen.

G.-R. Prof. Goldbacher erwidert, daß in der Realschule stets aufklärend gewirkt werde. G.-R. Reisinger verweist auf die Opfer, die die Krankenkassen zur Aufklärung der Bevölkerung schon gebracht haben und G.-R. Prof. Brand bemerkt, daß die Stadtgemeinde nur auf die Volks- und Bürgerschulen Einfluß habe, wo eine sexuelle Aufklärung noch nicht recht am Platze sei. Am besten und sichersten sei es, das 6. Gebot einzuhalten, wodurch sich die Menschheit am besten schütze.

G.-R. Klement glaubt, daß der Menschheit und insbesondere der Jugend vor allem klar gemacht werden müsse, daß eine verschämte Verschweigung einer Geschlechtskrankheit der größte Fehler sei. Auch die Jugend soll durch Aufklärung vor den Gefahren geschützt und vor Verschweigungen gewarnt werden.

Der Gemeinderat stimmt sodann dem Sektionsantrage und dem Antrage des G.-R. Dr. Furrer zu.

13. Antrag der G.-R. Chalupka und Kiselyauf Einführung der Einheitskost im hierortigen Krankenhause.

Referent G.-R. Klement bringt zunächst den Antrag zur Verlesung, welcher lautet: „In letzter Zeit wurde vielfach über die Verpflegung der III. Klasse-Patienten des öffentlichen Krankenhauses in Steyr Klage geführt und scheinen diese Beschwerden nicht unbegründet zu sein. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß die Verpflegung in der II. und I. Klasse wesentlich besser und reichhaltiger ist, was auch aus dem wiederholten Lob der Klassenpatienten geschlossen werden kann.

Da es nicht angeht, daß zu einer Zeit der größten Lebensmittelschwierigkeiten und des Mangels an Allem, was zur Verpflegung nötig ist, auch in einem Krankenhause bestimmte Klassen bevorzugt werden und auf Kosten der unbemittelten Kranken eine bessere Versorgung genießen, stellen die Gefertigten den

Antrag:

„Der Gemeinderat der Stadt Steyr wolle beschließen, es sei im Allgemeinen städt. Krankenhause eine Einheitskost einzuführen und die Sonderverpflegung in der I. und II. Klasse unverzüglich einzustellen. Für die Verpflegung im hiesigen Krankenhause habe in Hinkunft nicht die Bezahlung, sondern die ärztliche Diätvorschrift maßgebend zu sein."

Die Sektion ist zu dem Entschlusse gekommen, diesen Antrag gutzuheißen, nur solle das Begehren dadurch näher ausgedrückt werden, als es heißen soll, daß im Krankenhause eine einheitliche Diätkost einzuführen sei. Die Gemeindevorstehung möge beauftragt werden, sich so rasch als möglich mit den kompetenten Faktoren zwecks Durchführung dieser einheitlichen Diätkost, mit welcher sich auch Herr Primarius Dr. Oser einverstanden erklärte, ins Einvernehmen zu setzen.

Bürgermeister Wokral gibt zum Sektionsantrage noch nähere Aufklärungen auf Grund der Rücksprache mit dem Herrn Primarius und der Schwester Oberin. Hiebei habe die Schwester Oberin die Mitteilung gemacht, daß sie mit Rücksicht auf die neuerlichen sehr bedeutend erhöhten Mehl- und Brotpreise mit den Verpflegskosten von K 1 80 per Kopf und Tag unmöglich mehr das Auslangen finden könne und demnächst mit einer Forderung auf Erhöhung herantreten werde müssen; andernfalls wäre sie gezwungen, die Verpflegung der Patienten einzustellen. Das Spitalkomitee müsse mit der Ausarbeitung eines Berichtes beauftragt werden, damit dem Gemeinderate eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden könne. Das Land müsse weiters endlich begreifen, daß diese Reversfache und Zurücksetzung der einheimischen Kranken im Verpflegskostenersatze aufhören müsse.

G.-R. Prof. Brand bemerkt, daß glaublich das Land bereits die vollen Verpflegskosten leistet.

Bürgermeister Wokral erklärt, daß dessen ungeachtet für die nächste Sitzung ein Antrag auf Erhöhung der Verpflegskosten für die Oberin vorzubereiten ist. Was die verlangte einheitliche Diätkost anbelangt, haben sowohl Herr Primarius Dr. Oser wie die Frau Oberin erklärt, daß sie mit dem Antrage einverstanden sind, nur müssen die entsprechenden Mittel gewährt werden, um diese auch einführen zu können.

G.-R. Bachmayr vertritt die Anschauung, daß vor allem die Bestimmung der Kost für die Kranken in die Kompetenz des Herrn Primarius falle und daher eine Vorschrift der Kost durch die Krankenhauskommission nicht recht verständlich ist.

G.-R. Prof. Brand macht aufmerksam, daß hinsichtlich der Verpflegskosten per 5 K vielfach die Anschauung besteht, daß diese 5 K die Frau Oberin bekommt, während sie in Wirklichkeit hievon nur 1 K 80 h erhält, mit welchen Betrag sie außer dem Patienten noch zirka 40 andere Personen, Schwestern und Dienstboten zu verpflegen hat. (Zwischenrufe: „Sehr traurig"! „Ist nicht möglich". Vizebürgermeister Mayrhofer: Ja, das stimmt. Ehre, wem Ehre gebührt"!) Sie können sich denken, wie schwer dies für die Frau Oberin ist. Der Gemeinderat wird nun zu seinem Antrage auch die Mittel aufbringen müssen und ist dem Antrage dann voll und ganz zuzustimmen.

G.-R. Chalupka erklärt, daß der Sinn des Antrages dahin gehe, daß auch den Patienten der III. Klasse dieselbe gute und reichlich genügende Diätkost zugewendet werde, wie den Patienten der II. und I. Klasse. Die Patienten der II. und I. Klasse können sich durch ihre finanziellen Mittel leicht selbst noch Zubußen verschaffen.

G.-R. Fendt glaubt, daß die Angelegenheit eigentlich noch nicht recht spruchreif und beschlußfähig sei und noch Erhebungen über die Durchführbarkeit des

Antrages notwendig seien. Es mögen bei den Verwaltungen anderer Spitäler Auskünfte über die dort geübte Praxis eingeholt werden, wie dort die Behandlung der Klassenpatienten erfolgt. Herr Primarius möge außerdem sein ärztliches Gutachten über die Durchführbarkeit einer einheitlichen Diätkost abgeben und glaube er nicht, daß selbst in den demokratischesten Städten nicht irgend eine Bevorzugung der Klassenpatienten, die ja doch viel mehr als die Patienten der III. Klasse zu bezahlen haben, bestehen. Weiters geht es absolut nicht an, daß zirka 40 Personen von den Verpflegsgeldern mitverpflegt werden. Täglich werden dadurch die Kranken benachteiligt und ist es aus diesem Grunde allein schon notwendig, über diesen Antrag noch eingehende Erhebungen und Untersuchungen zu pflegen. Schließlich besteht die Gefahr, daß unser Krankenhaus, das heute durch die Tüchtigkeit unseres Herrn Primarius einen ausgezeichneten Ruf genießt, die Klassenpatienten verliert und diese dem Linzer Krankenhause zuströmen. Es wolle daher der Antrag neuerlich dem Spitalkomitee zum Studium rückgeleitet werden.

Vizebürgermeister Mayrhofer verweist darauf, daß der Mangel an besserer Verköstigung der III. Klasse seine Grundursache in dem geringen Zuschub von Lebensmitteln für das Krankenhaus habe. Was nützen alle ärztlichen Vorschriften von Milch- und Kalbfleischspeisen für die Patienten der III. Klasse, wenn diese Lebensmittel nicht angeliefert werden. Durch die Schaffung der einheitlichen Diätkost für alle drei Klassen kann eine Scharte für die III. Klasse ausgewetzt werden, es müssen sich eben die Patienten der II. und I. Klasse eine kleine Abbusse gefallen lassen, was ihnen zugunsten der Allgemeinheit nicht schaden wird.

Frau G.-R. Kiselv bemerkt, daß der Antrag auf ihr Betreiben eingebracht wurde und sie sich selbst von der Unhaltbarkeit der Verpflegszustände in der III. Klasse, besonders aber im St. Anna-Spitale überzeugt habe, wo die Kost besonders schlecht ist. Die alten Leute im St. Anna-Spital getrauen sich freilich nichts dagegen zu sagen, weil sie in ihrer Armut froh sind, wenn sie überhaupt etwas bekommen, um nicht zu verhungern.

G.-R. Kattner verweist darauf, daß neuerlich wieder die Milchmisere stärker auftritt und obwohl nicht zum Gegenstande gehörig berichten zu müssen, daß auch diesmal wieder viel mehr Milchkarten ausgegeben wurden, als Milch angeliefert wird. So lange hier nicht Wandel geschaffen wird, wird die Milchkalamität in Steyr unmöglich verschwinden. Es möge daher bei der nächsten Kartenausgabe doch endlich auf seine schon so oftmalige besprochene Differenz zwischen Kartenzahl und Milchmenge Rücksicht genommen werden.

G.-R. Dr. Peyrer-Angermann ist der Ansicht, daß der Antrag über die Einführung einer einheitlichen Diätkost überhaupt nicht in den Gemeinderat, sondern in die Kompetenz der Krankenhauskommission falle und stellt, um die Angelegenheit in der Oeffentlichkeit nicht aufzubauschen, an die Krankenhauskommission zur Austragung zuzuweisen.

Bürgermeister Wokral erklärt, daß vom Gemeinderate für das Krankenhaus eine Hausordnnng beschlossen wurde, nach welcher diese Angelegenheit in die Entscheidung des Gemeinderates falle; mit der Durchführung des Beschlusses ist jedoch die Krankenhauskommission zu betrauen.

Referent G.-R. Klement führt sodann in seinem Schlußworte aus, daß der Antrag einen gerechten Ausgleich bezwecke, dem gewiß zuzustimmen sei, und empfiehlt den Sektionsantrag zur Annahme.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

14. Ansuchen um Unterstützungen aus der Gremialkrankenkassestiftung.

Referent G.-R. Lebeda: Zu diesem Punkte liegen drei Anträge der Sektion vor, welche lauten:

a) Der Gemeinderat wolle dem Ansuchen des Josef Schanofsky Folge geben und demselben die vom Handelsgremium vorgeschlagene Unterstützung von 120 K, zahlbar in monatlichen Raten à 20 K, zu bewilligen;

b) der löbl. Gemeinderat wolle dem Ansuchen des Einschreiters Moser mit Rücksicht auf den Antrag des Handelsgremiums Folge geben und die vorgeschlagene Unterstützung von 100 K bewilligen;

c) der Gemeinderat wolle dem Gesuchsteller Johann Hauser den vom Gremium vorgeschlagenen Betrag von 50 K bewilligen.

Alle drei Sektionsanträge werden vom Gemeinderate einstimmig angenommen. Zl. 8203, 10.798, 10.332.

Nach Erledigung der Tagesordnung des öffentlichen Teiles der Sitzung erteilt der Vorsitzende Herrn Vizebürgermeister Mayrhofer zum Antrage der Krankenhauskommission das Wort.

Vizebürgermeister Mayrhofer stellt namens der Bausektion folgenden Antrag:

„Die Bausektion unterbreitet dem löblichen Gemeinderate den Antrag, nach den vorgelegten Plänen des Herrn Architekten Weichel, sofort an die Durchführung des Baues des Kesselhauses, bezw. des Wirtschaftsgebäudes zu schreiten und die Ausschreibung dieses Baues unverzüglich zu veranlassen.

Ueber die Kostenvoranschläge für dessen Inneneinrichtung an Kessel und Maschinen hat das Spitalbaukomitee dem Gemeinderate ehestens Bericht zu erstatten.

Aus dem Spitalbaukomitee soll ein dreigliedriges Aktionskomitee ernannt werden, welches die dringenden laufenden Arbeiten mit dem Herrn Architekten Weichel einerseits und den offerierenden Firmen andererseits zu erledigen hätten, dadurch würde ein rasches Arbeiten in Anbetracht der Dringlichkeit ermöglicht."

Hiezu bemerkt der Referent, daß die Kosten des Baues des Wirtschaftsgebäudes samt Kesselhaus laut Kostenberechnung des Herrn Architekten auf 700.000 K lautet und die Summe lieber etwas höher angenommen wurde, wenn sich auch der Preis nicht so hoch stellen wird, immerhin aber bei unvermeidlichen Ueberschreitungen durch einen höheren Anschlag keine zu große unangenehm berührende Differenz entsteht. Nach der Kostenberechnung stelle sich der m^3 verbauten Raumes auf 13 K, welcher Preis sechsfach zu nehmen sei, was die vorgedachte Baukostensumme von 700.000 K ergebe.

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der Bausektion einstimmig an.

Hierauf teilt der Herr Vorsitzende mit, daß vom Staatsamt für Heerwesen die Antwort eingelangt sei, daß vom Staate die Artilleriekaserne auch künftighin von Artillerie belegt werden wird, daher die weitere Bestimmung über die Artilleriekaserne klar gelegt erscheint.

Ueber das Schicksal der Jägerkaserne sei noch nicht entschieden.

Da weitere Anträge oder Anfragen nicht vorliegen, erklärt der Vorsitzende die Sitzung für vertraulich und tritt der Gemeinderat in die Verhandlung des Punktes 1 der Tagesordnung „Personalansuchen" ein.

Schluß des öffentlichen Teiles der Sitzung 6 Uhr 10 Min. abends.

Der Vorsitzende:

Wokral

Die Beglaubiger:

Josef Eisterlehner

Der Schriftführer:

C. Müller

Tagblatt-Druckerei, Steyr.